Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe Dezember/2017

Juliette

Umwelt, Klima und Energie

Lösungen durch Technologieoffenheit

Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Impressum

Chefredaktion, Gestaltung und Satz
Jan Olsson

Verantwortlich i.S.d.P.
Marvin Ruder

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
www.julis-bw.de

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

IMPULSE

Sharing Economy ist heute! 4
Nadine Mayer über nachhaltiges Wirtschaften

Mehr Wettbewerb und Forschung! 5
Marcel Klinge MdB über die Energiewende

Face-off 6
Brauchen wir die Kohlekraft noch?

Der Diesel und die Wahrheit 8
Lilith Schieweg über die Rolle des Automobils

Gastbeitrag von der Grünen Jugend 9
Marcel Roth über die CO_2-Steuer

Artenschutz. Wir müssen reden. 10
Sebastian Storz über unser Ökosystem

Klimaschutz geht uns alle an! 11
Gedanken von Gabriele Reich-Gutjahr MdL

IMPRESSIONEN

Unsere Landesgruppe 12
Lernt unsere 12 FDP-Abgeordneten aus Baden-Württemberg kennen

Juliette english edition 14
Nadine Mayer über internationales Engagement bei den JuLis

Nach dem Jamaika-Aus. 15
Valentin Abel gibt eine Einschätzung

Termine 16

Liebe JuLis!

Liberal denken heißt auch, an die Freiheit kommender Generationen zu denken.
Experten rechnen mit einer wachsenden Anzahl an Klimaflüchtlingen, die aufgrund von Desertifikation, Hungersnöten und Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen werden. Auch im eigenen Land wird der menschengemachte Klimawandel schon bald spürbar sein. Wie können wir also erreichen, dass die globale Erwärmung eingedämmt wird?
Uns Liberalen wird oftmals vorgehalten, wir seien bei Umweltthemen nicht ehrgeizig genug. Doch Liberale brauchen nur länger als andere, um zu erklären, weshalb ihre Rezepte besser sind. Denn wir geben uns nicht mit einfachen Lösungen wie Verboten zufrieden. Aus unserer Sicht können globale Herausforderungen wie der Klimawandel nicht ausschließlich durch Askese bekämpft werden, sondern allen voran durch die Offenheit für neue Technologien! Dieses Heft widmet sich den Themenfeldern Umwelt Klima und Energie. Felder, die zu unrecht selten mit uns Liberalen assoziiert werden. Ich wünsche euch ganz viel Spaß bei der Lektüre!

Jan Olsson ist Beisitzer im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg und Chefredakteur der Juliette

Eigentum war gestern. Sharing Economy ist heute.

„Sharing the things we need can lessen our environmental impact and increase our community's health." (Albinsson)

Spätestens seit der Sylvicultura Oeconomica 1713 war klar, dass Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle bei der Lösung von Umweltproblemen, Klimawandel und dem Erhalt heutiger und vor allem zukünftiger Generationen spielt. Zuletzt 2015 trafen in Paris über 178 Ländervertreter zusammen, um Herausforderungen der Umwelt zu diskutieren. Ergebnis der Bilanzierung des vorherigen UN-Nachhaltigkeitsgipfels in 2002: ernüchternd! Große Defizite bei der Umsetzung der Agenda 21.

Doch in Zeiten von Sharing Economy ergeben sich neue Handlungsfelder, die nicht nur die politische Ebene, sondern auch jeden Einzelnen, zum Entscheidungsträger ermuntern. Egal ob Teilen, Leihen, Handeln oder Verschenken – Menschen in Deutschland und weiteren Industrieländern haben ihr Konsumverhalten geändert. Doch Sharing-Economy-Konzepte in Deutschland, genauso wie weitere nachhaltige Entwicklungen, stecken noch in den Babyschuhen, sofern es um die benötigten politischen Strategien zur Nachhaltigkeit geht.

Nachhaltigkeit muss auf der politischen Agenda und mit Nachdruck strategisch umgesetzt werden, um nicht nur unsere Generation, sondern auch zukünftige Generationen zu erhalten. Bei Nachhaltigkeitsfragen ist primär Eigenverantwortung und bewusster Umgang mit der Umwelt (von Rohstoffen bis hin zum Produkt) gefragt.

Die Liberalen stehen durch ihre tiefe Verwurzelung der individuellen Freiheit vereint mit Verantwortungsübernahme insbesondere in der Pflicht, nachhaltige Thematiken zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten, die langfristig die liberalen Werte wiederspiegeln und erhalten.

Ein übergeordnetes Ziel ist die Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, die nicht mit dem in den Industriestaaten verknüpften Überkonsum zu verwechseln ist. Anreize zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen benötigen unternehmerische, aber auch politische Entwicklungen, wie in anderen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt ist.

Ein Beispiel von funktionierender Sharing Economy als Lösung von Umweltproblemen zeigt die Mobilitätsbranche in Megastädten wie Peking/China. Durch die hohe Luftbelastung, die insbesondere den Menschen schadet, wurden von staatlicher Seite Sharing-Economy-Projekte gefördert und somit beispielsweise laut pwc-Studie pro Car-Sharing Fahrzeug 17 Autos von der Straße genommen.

Gesellschaftliche Aspekte wie Eigentumsorientierung und das Auto als Statussymbole sind größtenteils überholt. Individuelle Freiheit wird neu definiert und dabei könnte ein Merkmal auf bewusstem Konsum liegen. Wir entscheiden.

„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier." (Gandhi)

Nadine Mayer ist ehemaliges Landesvorstandsmitglied der JuLis BW

So gelingt die Energiewende: Weniger Ideologie – mehr Wettbewerb und Forschung!

Uns Freien Demokraten wird häufig vorgeworfen, gegen die Energiewende und die Windkraft zu sein. Tatsächlich sind wir für eine moderne Energiepolitik mit marktwirtschaftlicher Vernunft. Ja, grüne Dogmen und gezielte Subventionspolitik lehnen wir ab. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt. Damit sie gelingt, brauchen wir Wettbewerb und Innovation, Versorgungssicherheit und Klimaschutz sowie bezahlbare Energiepreise und eine größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz.

Ideologiefrei und wissenschaftlich diskutieren

Fakt ist: Wir werden aus der Atomenergie aussteigen. Unsere Gesellschaft möchte mehr erneuerbaren Energien und weniger Kohleverstromung. Zugleich dürfen wir Versorgungssicherheit und Netzstabilität nicht gefährden. Politik und Industrie stehen vor großen Herausforderungen. Leider werden aber Energie- und Umweltdebatten in Deutschland zu oft ideologisch geführt. Das zeigt sich besonders bei der Windkraft. Im Norden der Republik wird durch Windparks mehr Strom produziert als verbraucht. Es gilt, diesen auch in den Rest der Republik, vor allem zu uns in den Süden, zu transportieren. Dazu werden zahlreiche neue Stromtrassen realisiert. Das trifft nicht überall auf Zuspruch. Die GroKo und die Grünen bleiben bei der Energiewende dennoch starr auf ihrem Kurs. Planwirtschaftliches Vorgehen behindert aus unserer Sicht jedoch die beste Lösung.

In Zukunftstechnologien investieren

Die Erforschung neuer Stromspeichermöglichkeiten, wie Salzkavernenspeicher, oder auch die Digitalisierung der Stromnetze können zu einer besseren Netz-Steuerung führen. Der Kavernenspeicher funktioniert schon unter Laborbedingungen. Hier sollten wir weitermachen. Und: Nicht nur für die Energiewende müssen wir bei der Digitalisierung jetzt Vollgas geben, wollen wir wichtige Technologiefortschritte nicht verschlafen. Wir denken Klimaschutz und Wettbewerb zusammen. Das heißt auch: Technologieneutral forschen! Am Ende wird sich die beste Idee auch ohne Subventionen durchsetzen.

Dialog mit allen und Wettbewerb der besten Ideen

Uns ist es deshalb wichtig, alle Akteure einzubeziehen, um den ökonomisch und ökologisch überzeugendsten Weg zu finden. Bei der Windkraft kann nur im Dialog mit Anwohnern und Flächenbesitzern auch ein tragfähiger Konsens gefunden werden. Im Fokus muss die größtmögliche Verträglichkeit stehen. Betroffene Landwirte sollten bei nachweislichen Ernteeinbußen durch Erdverkabelungen entschädigt werden. Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Übrigens, neben dem Bund sind auch Länder und Kommunen gefragt. Sie können über intelligente Flächennutzungspläne Vorranggebiete ausweisen.

Ich bin überzeugt: Deutschland braucht eine Energiepolitik, die sich wieder an dem physikalisch Möglichen orientiert. Maßgeblich sind für uns die Bedürfnisse der Menschen und Betriebe, die eine preiswerte, sichere und umweltschonende Energieversorgung erwarten. Der erste Schritt dazu ist eine marktwirtschaftliche Energiewende mit mehr Wettbewerb und mehr Vertrauen in unsere Forschungskraft.

Marcel Klinge ist Abgeordneter im deutschen Bundestag und Mitglied im Bundesvorstand der FDP.

Die Kohlekraft zügig abschaffen?

Pro: Die Kohlekraft ist auf absehbare Zeit nicht verzichtbar!

Steffen Seitter ist ehemaliger Landesprogrammatiker der JuLis Baden-Württemberg

Kohle ist schmutzig. Das weiß eigentlich jedes Kind. Spätestens, wenn man sie mal in der Hand hatte. Eigentlich kann man sie gar nicht anfassen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Dieser schwarze Staub – also ich möchte das nicht in der Wohnung haben. Doch früher war so ein Kohleofen etwas ganz Alltägliches. Heute dagegen hat die Mehrheit der Deutschen angeblich schon ein Problem damit, wenn der Strom aus der Steckdose durch Kohle erzeugt wird.

Wie gesagt, schmutziges Zeug diese Kohle...

Doch ist die Lösung wirklich so einfach, wie es sich viele Deutsche wünschen? Ein Verbot von Kohleverstromung und alles ist gut. Wirklich?

Offensichtlich ist es ein deutlich komplexeres Thema, als viele wahrhaben wollen. Es gibt schier endlose ungeklärte Fragen. Und nein, ich werde hier nicht anfangen, Klimatheorien zu hinterfragen. Die nehmen wir jetzt einfach als gegeben hin. Auch wenn Donald Trump das nicht gefällt.

Wir fangen mit einer eher einfachen Frage an. Sind wir bereit, die Energieversorger für das Abschalten zu entschädigen? Klar, Energieversorger sind böse. Das wissen wir von den Grünen. Komisch, dass die grüne Landesregierung selbst so einen Laden besitzt und Kohle verheizt...

Eins ist dennoch klar, ein Verbot kann bei neueren Kraftwerken mit noch langer Restlaufzeit zu Verlusten bei den Betreibern führen. Die sollten beglichen werden. Denn wir verbieten ohne Vorwarnung ein Geschäftsmodell. Das ist, wie wenn man McDonalds die Hamburger verbietet, weil sie dick machen. Darüber sollte man zumindest einmal nachgedacht haben, bevor wir hier nach Verboten rufen.

Wichtiger ist natürlich, dass wir auch in Zukunft Versorgungssicherheit in Deutschland haben. Es hilft nun wirklich keinem, wenn wir nachher den Atom- und Kohlestrom aus deutlich unsichereren und dreckigeren Kraftwerken im Ausland importieren. Dazu müssen wir nicht nur heute eine ausreichende Versorgung im Inland bereitstellen, sondern auch auf zukünftige Entwicklungen reagieren können. Ich denke da vor allem an die Elektromobilität und die immer weiter voranschreitende Digitalisierung unseres Lebens. Beides funktioniert nur mit ausreichend Saft aus der Steckdose.

Der dritte und aus meiner Sicht wichtigste Punkt bei der ganzen Sache ist allerdings die grundlegende Lösung des Problems. Ein Verbot ist eben keine nachhaltige und gerechte Lösung des Problems. Dies kann nur durch für alle geltende Grenzwerte und die Internalisierung externer Kosten passieren. Dies bedeutet, wir müssen den Nutzungsgrad der Energie messen. So ist die Wärme, die ein Kraftwerk in ein Fernwärmenetz gibt, in Sachen Energieeffizienz genau so zu berücksichtigen. Damit kann ein Kohlekraftwerk am Schluss effizienter sein als ein Gaskraftwerk, wenn man die dadurch dezentral eingesparten Emissionen einberechnet.

Auf der anderen Seite könnte ein Kraftwerksbetreiber durch Investionen in Emissionsvermeidung oder Aufforstung in anderen Regionen der Welt seine relativen Emissionswerte verringern. Das kann auf kurze und lange Sicht deutlich effektiver sein als ein banales Verbot.

Eine fallende Emissionsgrenze würde zudem Innovationen vorantreiben und gleichzeitig Planungssicherheit für die Wettbewerbsteilnehmer sicherstellen.

Was sollten wir nun daraus mitnehmen? Kohle mag aktuell die schmutzigste Energieform sein, das muss allerdings nicht dauerhaft so bleiben. Wir sollten einen für alle gültigen Grenzwert festlegen und den Markt entscheiden lassen, welche Energieform diesen am besten einhält. Ein einfaches Verbot ist weder die eleganteste noch die beste Lösung des Problems.

Contra: Die Kohlekraft ist nicht mehr zeitgemäß. Ziel muss es sein, unseren Strom aus alternativen Quellen zu gewinnen

Tician Boschert ist stellv. Vorsitzender der JuLis BW für Organisation

„Der Kohleausstieg – Ist er notwendig oder gehen in Deutschland sonst bald die Lichter aus?"

Der Kohleausstieg ist derzeit ein Dauerbrenner grüner Umweltpolitik. Aber von welcher Bedeutung ist eigentlich ein schneller Kohleausstieg? Ist er überhaupt notwendig? Ein kurzer Blick auf die Zahlen gibt Klarheit. In Paris verpflichtete sich die Bundesrepublik dazu, bis 2030 im Vergleich zu 1990 etwa 60 Prozent CO_2 einzusparen. Aktuell liegen wir bei etwas über 30% im Vergleich zu 1990. Das bedeutet, hier liegt noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns, wenn wir überhaupt wieder Anschluss an diese Ziele finden möchten. Darum lasst uns doch dort den Ausstoß reduzieren, wo am meisten ausgestoßen wird. Ca. zwei Fünftel des deutschen CO_2-Ausstoßes entfallen auf die Energiewirtschaft. Davon betreffen 87% die Verbrennung von Kohle zur Strom- und Wärmeerzeugung. Wie die Spitze unserer Mutterpartei in der Sondierung immer wieder hat verlauten lassen, wäre es natürlich nicht sinnvoll, hier Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, um dann am Ende den Kohlestrom aus Polen und den Atomstrom aus Frankreich zu importieren. Doch von dieser Sorge ist abzusehen. 2015 wurde in der BRD 694,7 TWh Strom erzeugt. Davon exportiert wurden 68 TWh, was bei einer sinkenden Importrate zu einem Exportsaldo von 51 TWh Strom führte (Monitoring Bericht 2016, Bundesnetzagentur). Das bedeutet: Etwa jede zehnte Kilowattstunde ist eine Überproduktion, die exportiert wird. Jetzt kann man einen gewissen Anteil damit rechtfertigen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, jedoch deuten die Zahlen auf ein Ungleichgewicht hin. Denn klar ist, Lösungen zur CO_2-Reduktion ergeben nur im globalen oder zumindest im europäischen Kontext Sinn. Kritiker meinen hier, dass man als BRD nicht vornweg breschen müsste. Das wäre auch gar nicht notwendig, denn schon ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt, dass wir im Kontext mit dem Kohleausstieg schon jetzt hinterherhinken. So wird beispielsweise der Kohleausstieg in Frankreich und Schweden bis 2022 anvisiert, in Italien, Großbritannien und in Österreich bis 2025, sowie in Finnland, Portugal und der Niederlande bis 2030.

Immer wieder wird die Debatte auch vom Kostenfaktor bestimmt. Hier wird oftmals jedoch nicht vollumfänglich gerechnet. Addiert man die Milliardensubventionen, die in die konventionellen Energien geflossen sind, sowie externe Kosten wie Umweltschäden zum Preis der konventionellen Energien hinzu, so wäre eine Rentabilität erneuerbarer Energien deutlich schneller gegeben. Zur Energiewende gibt es heute noch keinen ultimativen Plan, der uns möglichst einfach zu diesem Ziel bringen kann. Aber wir haben zwei Optionen, entweder betrachten wir den Kohleausstieg weiterhin als Tabu oder wir fördern den Trend hin zu einem schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien

Als Junge Liberale haben wir für uns drei Voraussetzungen für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik definiert: Sie soll Versorgungssicherheit gewährleisten und gleichzeitig sauber und sozial sein. Auf die Kohleenergie trifft keine dieser Voraussetzungen zu.

Der Diesel und die Wahrheit

In seiner Lebenszeit von bisher knapp 150 Jahren war das Auto schon immer Zielscheibe: Teufelswerk, Hauptverursacher der Ölkrise, Verschmutzer der Städte.

Mit der Zeit veränderten sich zwar die Vorurteile, doch der Konflikt ist derselbe geblieben: Steht Komfort über der dem Auto angekreideten Schuld zum Thema Luft- und Umweltverschmutzung?

Ausgelöst durch den VW-Abgasskandal und die hohe Stickoxid- und Feinstaubbelastung der Metropolen hat sich die Debatte über Luftverschmutzung intensiviert.

Die Begriffe Feinstaub und Stickoxide werden dabei oft gleichzeitig genannt, sobald die Debatte aufflammt. Feinstaub entsteht jedoch vor allem durch direkteinspritzende Benziner, die keinen Otto-Partikelfilter besitzen, während der Diesel vor allem die Stickoxidproblematik in Innenstädten verschuldet.

Feinstaub, also 80 bis 100 Nanometer kleine Rußpartikel, entstehen durch Sauerstoffmissverhältnisse bei der Verbrennung, durch Reifen- oder Bremsabrieb. Die Feinstaubpartikel sind so klein, dass sie tief in die Lunge und den Blutkreislauf eindringen können, wo sie einen schwer abbaubaren Fremdkörper darstellen.

Der Grund für die Kritik am Diesel ist der Ausstoß von Stickstoffoxid, einem Gas, das bis in die Lungenbläschen eindringt und Atemnot oder Schlimmeres hervorruft, da es die Aufnahme des Sauerstoffs ins Blut verhindert.

Das Feinstaubleiden unserer Landeshauptstadt hat demnach nicht primär mit dem Dieselmotor zu tun.

Zudem sind es auch nicht alleine die Emissionen, die Sorgen bereiten, sondern die Immissionen – also die Einwirkung von Emissionen auf andere Organismen, darunter der Mensch. Juristisch gesehen geht der Streit um das Kernthema *was machen wir jetzt bloß mit dem Diesel oder dem Verbrennungsmotor selbst?* Also darum, welche Gesamtheit an Emissionen überhaupt tragbar ist. Die Gesetze zur Luftreinheiteplanung legen ausschließlich fest, dass jede Stadt und Kommune die Verantwortung hat, bei einer Überschreitung der Grenzwerte Maßnahmen zu ergreifen, um die Immissionen zu verringern.

Dieselfahrzeuge aus der Innenstadt zu verbannen, ist somit die Entscheidung der jeweiligen Stadt.

Ein Verbot von speziellen Dieselfahrzeugen kann nur vom Kraftfahrtbundesamt durch den Entzug der Typenzulassung ausgesprochen werden, wodurch jedes Auto dieses Typs nicht mehr offiziell zugelassen wäre.

Das oben erwähnte Problem Stuttgarts durch Feinstaubbelastung hebt sich ab von anderen Städten mit Stickoxidbelastung. Ziel sollte es deshalb sein, den ÖPNV in den Innenstädten zu stärken, Anreize für feinstaubsparende und stickoxidvermeidende Elektroautos zu setzen, beispielsweise durch innenstadtspezifisches E-Carsharing. Idealer wäre es außerdem, wenn das KBA Real-Drive-Emissions- anstatt Teststandmessungen durchführen würde – vor Vergabe der Typenzulassung.

Auffällig ist zudem, dass besonders an viel befahrenen Kreuzungen die Luftzusammensetzung gemessen wird, deren Werte schon wenige Meter von diesen Hotspots entfernt stark abweichen.

Wichtig ist es, selber Technologieneutralität zu bewahren. Die zukünftigen Innovationen werden unsere Vorstellung von Mobilität verändern und zum Thema Luftverschmutzung neue Lösungen bringen. Dazu gehört auch: Die Verteufelung des Verbrennungsmotors ist nur die halbe Wahrheit, denn schlussendlich ist die Gesamtbilanz für die Umweltverschmutzung ursächlich.

Lilith Schieweg ist Neumitglied bei den Jungen Liberalen

Wenn JuLis den Klimawandel bekämpfen wollen, sollten sie laut für eine CO_2-Steuer einstehen

Die Weltgemeinschaft hat sich darauf geeinigt, dass sie alles dafür tun wird, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu halten. Das sagt das Pariser Klimaabkommen, das 2016 in Kraft getreten ist. Wir können als junge Generation froh sein, dieses Ziel festgeschrieben zu haben, weil es vor allem um unsere Zukunft und die der nachfolgenden Generationen geht. Die Lebensgrundlagen zu erhalten, ist eine existenzielle Aufgabe, vor der die Menschheit steht. Wenn wir das Klimaabkommen ernst nehmen, brauchen wir massive Veränderungen in unserer Lebens- und Wirtschaftsweise.

Bagger mich nicht an, Digger! Kohleausstieg jetzt!

Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen. Momentan exportieren wir dreckigen Strom an unsere Nachbarländer. Wir haben immer noch genug Kapazität, wenn wir die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke und alle Atomkraftwerke abschalten. Christian Lindner schürte in den Jamaika-Gesprächen Ängste vor einer Versorgungsknappheit, die von nichts anderem als Unwissenheit und Verantwortungslosigkeit zeugen. Nicht umsonst hat während der Sondierungen ein Bündnis aus 50 Unternehmen wie ALDI, Siemens oder SAP lautstark den Kohleausstieg gefordert. Gleichzeitig waren wir mit ENDE GELÄNDE in der Kohlegrube und haben Bagger besetzt. Denn wer meint, durch einen freien Markt und rein durch Innovationen würde die Wirtschaft schon irgendwann klimaneutral werden, irrt.

Smart, vernetzt, emissionsfrei

Das sehen wir am Verkehr. Dort gehen die Emissionen nicht etwa runter, sondern hoch. Der Verkehr in Baden-Württemberg macht ein Drittel an unseren Treibhausgasen aus. Für uns bedeutet das nicht, dass wir alle Verbrennungsmotoren durch E-Motoren ersetzen sollten, denn dafür reicht die Stromkapazität nicht aus. Wir brauchen weniger Autos und wir müssen unsere Mobilitätskultur ändern. Vernetztes, autonomes und emissionsfreies Fahren kann dafür sorgen, dass Autos radikal besser ausgelastet werden und nicht 23 Stunden in der Garage rumstehen. Deshalb sehen wir Sharing als zentrales Zukunftskonzept, auch zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Einhaltung des verbindlichen Pariser Klimaabkommens. Und wir sind davon überzeugt, dass mutige Zielvorgaben, etwa den Einstieg in klimaneutralen Verkehr ab 2030, von der Politik vorgegeben werden müssen.

Der wahre Preis ist ein anderer

In einem marktbasierten System, das wir grundsätzlich kritisch sehen, gibt es immerhin die Möglichkeit, externe Kosten zu internalisieren, also den wahren Preis für ein Produkt zu bezahlen. Dass Fleisch oder Flüge heute so billig sind, werden zukünftige Generationen, vor allem in ärmeren Ländern, teuer bezahlen müssen. Wenn die JuLis den Kampf gegen den Klimawandel ernst meinen, würde ich mir deutliche Zeichen für eine CO2-Steuer wünschen, die sich genau anguckt, welchen Einfluss ein Produkt auf die Umwelt hat und diesen miteinrechnet.

Marcel Roth ist
Landessprecher der Grünen Jugend in Baden-Württemberg

Artenschutz. Wir müssen reden.

Der Leser mag sich zu Beginn einmal fragen, welche Tiere ihm einfallen, wenn er an Artensterben denkt. Den meisten werden wohl Elefanten, Tiger, Giraffen, Pandabären oder Nashörner einfallen. Es sind auch die Tiere, die regelmäßig von Tierschutzorganisationen in den Vordergrund gestellt werden und für deren Überleben ein größerer Aufwand betrieben wird. China geht so weit, dass auf das Töten eines Pandabären die Todesstrafe steht.

So schlimm es auch ist, dass diese Tiere vom Aussterben bedroht sind; wir müssen unseren Fokus ändern. Das Problem ist größer, komplexer und weitreichender.

Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich bis zu 58.000 Arten von der Erde verschwinden. Diese Entwicklung ist unumkehrbar. Denn im Gegensatz zur globalen Erwärmung stellt das Artensterben ein biologisches statt ein physikalisches Phänomen dar.

Anders gesagt: Das CO2 in der Atmosphäre können wir womöglich irgendwann reduzieren und zum Ursprungszustand zurückkehren. Eine ausgestorbene Art können wir dagegen nicht oder zumindest nur mit erheblichem Aufwand wiederbeleben. Für die meisten ausgestorbenen Arten gibt es diese Chance allerdings nicht. Das scheitert nicht nur an der schieren Anzahl der Arten, die fortlaufend verloren gehen, sondern auch deshalb, weil uns die allermeisten Arten schlicht nicht bekannt sind.

Die Folgen dieses Artensterbens sind nicht abzusehen. Insekten beispielsweise bestäuben Pflanzen. Genauso dienen sie als Futter für größere Tiere. Deren Bestände sind aber in manchen Gebieten in den letzten 30 Jahren um bis zu 80 Prozent zurückgegangen.

Fallen derartige Grundbausteine des Ökosystems in sich zusammen, hat das Auswirkungen auf das Ökosystem als Ganzes. Selbiges ist aber von grundlegender Bedeutung für uns Menschen. Nicht nur aus wissenschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Sicht, sondern insbesondere auch aus existenzieller.

In diesem Zusammenhang erscheint besonders problematisch, dass wir die Auswirkungen eines weitreichenden Artensterbens erst dann tatsächlich zu spüren bekommen, wenn es zu spät ist.

Wir haben also gute Gründe, schon jetzt etwas dagegen zu unternehmen.

Neben der Bekämpfung des ökologisch problematischen Klimawandels ist die wichtigste Maßnahme der Schutz von Lebensräumen. Zukünftige Umweltpolitik muss daher weiter gehen als bisher. Die Ausweisung von weiteren Naturschutzgebieten oder Biotopen ohne menschliche Nutzung sollte hier eine entscheidende Rolle spielen. Genauso wird man sich generell Gedanken über die Landnutzung machen müssen. Eine Herausforderung, gerade in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland. Die JuLis Tübingen werden auf dem nächsten Landeskongress einen Antrag einbringen, der sich mit dem Thema beschäftigt. Wir stellen uns vor, dass jede Gemeinde in Deutschland ihr eigenes Biotop schaffen soll. Anregungen, Ideen und konstruktive Kritik sind gerne gesehen. Denn eins ist klar: Grüne Sorgen brauchen offenbar mal wieder liberale Lösungen. Auch das Umweltbundesamt wurde 1973 von der FDP geschaffen. Dieser verantwortungsethisch ökologischen Tradition sollten wir treu bleiben.

Im Zusammenhang mit dem Artensterben gibt es viele Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Aber wie sagte es schon ein weiser Liberaler: Probleme sind nur dornige Chancen. Packen wir's an!

Sebastian Storz ist
Beisitzer für Presse- und
Öffentlichkeiteitsarbeit im
Landesvorstand der JuLis BW

Klimaschutz geht uns alle etwas an!

Diskutiert man über die Zukunftsaussichten Deutschlands und der gesamten Welt, so kommt man um ein großes Thema nicht herum: Umwelt und Klima.

Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, denn es liegt an uns, dass auch unsere Folgegenerationen ein gutes Leben auf unserer Erde führen können. An der Frage, wie man diese große Aufgabe anpacken soll, scheiden sich die Geister. Vor allem die Grünen fordern an dieser Stelle immer wieder Verbote und Restriktionen. Dies ist jedoch der falsche Weg.

Die Abschaltung der Kohlekraftwerke würde die deutsche Stromversorgung gefährden und unsere Abhängigkeit von ausländischem Strom erhöhen. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge gehen am Ziel der CO_2-Reduzierung völlig vorbei und können für kleine und mittlere Betriebe existentiell sein. Schon an diesen beiden Beispielen erkennt man, dass unsere Wirtschaft unter einer solchen Verbotspolitik massiv leiden würde. Das darf nicht der Fall sein. Klimaschutz darf auf keinen Fall in Deindustrialisierung münden!

Außerdem ist es wichtig, immer daran zu denken, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht alleine ein deutsches, sondern ein internationales Problem, über Ländergrenzen hinweg ist. Weltweit müssen sich alle Länder auf eine vernünftige Art und Weise daran beteiligen. Reduziert Deutschland durch reine Verbotspolitik den eigenen Ausstoß von Schadstoffen, so wäre diese Reduktion, die zu Lasten der eigenen Wirtschaft gehen würde, trotzdem nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Erst recht, wenn zahlreiche andere Länder weltweit industriell wachsen und sich deren Schadstoffausstoß um ein Vielfaches vergrößert.

Hier gilt es, die selbstgesteckte Vorreiterrolle ernst zu nehmen, diese mit Leben zu füllen. Statt Bevölkerung und Wirtschaft durch unsinnige Verbote zu drangsalieren, setzt die FDP auf technologischen Fortschritt. Wir vertrauen auf die Innovationskraft der Menschen und Unternehmen in unserem Land.

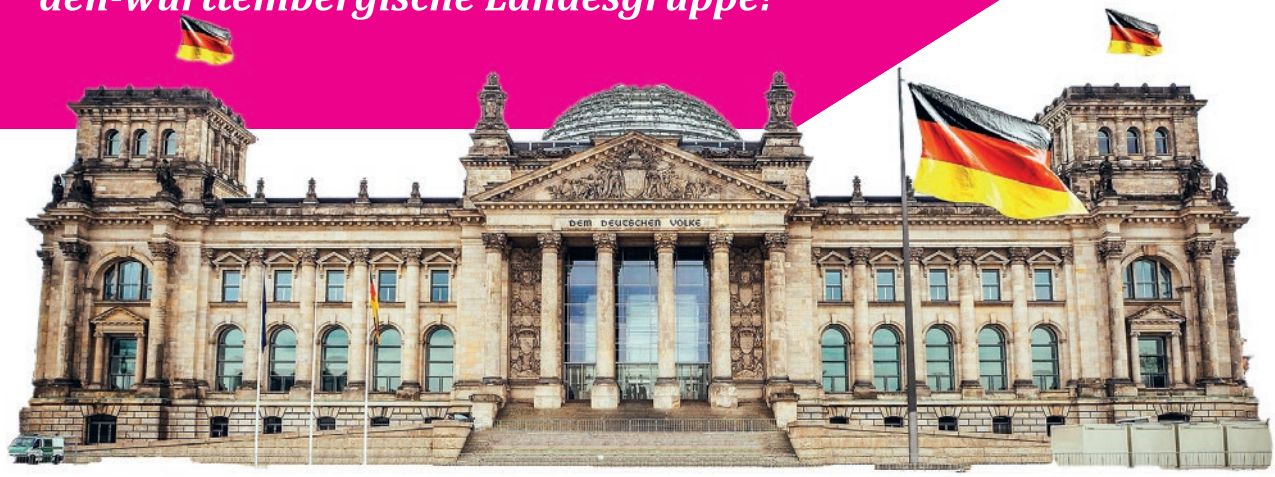
Innovationen und neue Technologien sind die Basis für einen weltweiten Klimaschutz. Durch erhöhte Effizienz und durch neue Erfindungen und Lösungswege können Ressourcen gespart, recycelt und der Ausstoß von Schadstoffen reduziert werden. Das führt zu einer höheren Lebensqualität, vor allem in stark von Schadstoffen belasteten Gebieten. Durch den Export dieser Innovationen von Deutschland in die ganze Welt kann der Klima- und Umweltschutz über Ländergrenzen hinweg stark gemacht werden. Dadurch löst man nicht nur die eigenen landesbezogenen Umwelt- und Klimaziele, sondern man treibt aktiv globalen Umwelt- und Klimaschutz voran.

Angesichts des Wachstums der Erdbevölkerung in den vergangenen 70 Jahren von 2,5 auf 7,5 Milliarden Menschen und dem erwarteten weiteren Wachstum steht die Welt vor großen Aufgaben, die nur mit guten Lösungen für alle gemeistert werden können

Gabriele Reich-Gutjahr ist Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg

Unsere Landesgruppe im Deutschen Bundestag:

Die Freien Demokraten haben wieder Abgeordnete im Deutschen Bundestag!
Hier eine Kurzvorstellung unserer Vertreter im Parlament. Wir präsentieren euch: die baden-württembergische Landesgruppe!



Michael Theurer

Alter: 50
Beruf: Volkswirt
Herzensthemen: Freiheit, Wirtschaft, Finanzen&Steuern, Europa

Judith Skudelny

Alter: 42
Beruf: Rechtsanwältin
Herzensthemen: Umweltpolitik

Michael Link

Alter: 54
Beruf: Übersetzer
Herzensthemen: Europa, Europa, Europa!

Pascal Kober

Alter: 46
Beruf: Evangelischer Pfarrer und Militärseelsorger
Herzensthemen: Sozialpolitik

Dr. Florian Toncar

Alter: 38
Beruf: Rechtsanwalt
Herzensthemen: Schuldenfreie Haushalte, freiheitlicher Rechtstaat, maßvolle Steuern

Dr. Marcel Klinge

Alter: 37
Beruf: Fraktionsgeschäftsführer
Herzensthemen: Bildung, Integration und Tourismus

Renata Alt

Alter: 52
Beruf: Dipl.-Chemieingenieurin
Herzensthemen: Außenpolitik, Europapolitik, Internationale Sicherheit

Benjamin Strasser

Alter: 30
Beruf: Rechtsanwalt
Herzensthemen: Innen- und Rechtspolitik

Jens Brandenburg

Alter: 31
Beruf: Unternehmensberater
Herzensthemen: Generationengerechtigkeit, Europa und Bildung

Christoph Hoffmann

Alter: 60
Beruf: 15 Jahre lang Förster, 10 Jahre lang Bürgermeister in Bad Bellingen.
Herzensthemen: Bürokratieabbau!

Alexander Kulitz

Alter: 36
Beruf: Unternehmer und Rechtsanwalt
Herzensthemen: Junges Unternehmertum international

Dr. Christian Jung

Alter: 39
Beruf: Studiendirektor a. D.
Herzensthemen: Verkehrspolitik, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft

Young, liberal and interested internationally?

"How exactly is the work of the International Committee of Young Liberals defined?" "What are the responsibilities as a leader on this board?"

After multiple times of being asked questions similar to the one above, I would like to take you on a tour through the field of possibilities that develop with being part of the international committee.

Let us start with a powerful team: 13 young performers work together to establish co-operations worldwide, organize events with international context (e.g. International Camp in Berlin) and network all around the world to improve understanding of mostly intercultural issues and challenges. The International Committee observes the political situation around the world, keeps contact with international partners and establishes new contacts through seminar and congress participation. Two of my favorite international events have taken place in Berlin called "Re-Shaping Europe" in 2016 and in Ecka (Serbia) this year. In Berlin, along the discussions on the future of Europe, young liberals got together to discuss challenges in economy, finances, environment, health etc. The annual seminar in 2017 took place in Serbia in cooperation with the Friedrich Naumann Foundation, where "populism and nationalism as a threat to democracy" was discussed by young leaders from Serbia, Bosnia-Herzegovina, Croatia and Kosovo.

In co-operation with the Friedrich Naumann Foundation and the Westerwelle Foundation, valuable speakers can be acquired to inform about current situations in countries abroad. As the example of Africa, a start-up founder and investor discussed with young liberals the impact of digitalization in countries like Ghana, Nigeria or Kenya. Compared to Germany, these countries gain from forms of few bureaucracy and therefore are able to develop innovations quite fast. International knowledge is of support when solving challenges in our country. According to the article "Arbeit 4.0 – blockiert die Bürokratie Formen des neuen Arbeitens?" by Benjamin Strasser published last months, change is needed to develop fast enough to stay in competition with our global neighbours.

The end of this short tour through the tasks of the International committee shows how international as well as intercultural competencies can be experienced through international work and helps to find ways of creating our future successfully.

Each of you can contribute to the international work: starting from topic-related discussion groups, article composition, participation at congresses abroad, international network events in Germany as well as your individual ideas on supporting the young liberal international work.

Please contact me if any questions or more information needed. In particular, I am happy to hear from anyone having an interest in African (Sub-Sahara) politics, development and exchange.

Nadine Mayer ist Leiterin der Abteilung Afrika des Internationalen Komitees.

Die -Verhandlungen abgebrochen, und jetzt?

Hallo liebe JuLis!

Geht es euch wie mir? So langwierig sich die Jamaika-Verhandlungen gezogen haben und so zurückhaltend die Wasserstandsmeldungen aus den Sondierungsgruppen auch waren, so abrupt erschien dann doch der Abbruch der Verhandlungen durch die FDP.

Was folgte, war klar: gestern noch als Umfallerpartei bezeichnet, waren die Liberalen tags darauf unverantwortlich und egoistisch dem Land gegenüber. So weit so vorhersehbar.

Es wurde viel debattiert – ist die Kompromissfähigkeit nicht ein grundlegender Bestandteil einer parlamentarischen Demokratie? Ist es verantwortlich, ein Land wie Deutschland monatelange ohne Regierung zu belassen?

Eine andere Frage kam in der Debatte leider etwas kurz: Ist es nicht fahrlässig, in eine Regierung einzutreten, deren Gelingen man noch vor Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages anzweifelt?

Schauen wir uns die vergangenen Regierungen an, wird schnell klar, dass die Themen, die die jeweiligen-Legislaturperioden prägten, zur Zeit der Sondierungen in ihrer Tragweite noch kaum abzuschätzen waren. Die globale Finanzkrise für die GroKo 2005-2009. Die daraus resultierende Staatsschuldenkrise in der Eurozone für die schwarz-gelbe Regierung. Die Flüchtlingskrise in der abgelaufenen Wahlperiode.

Eine Kernzutat für erfolgreiche Regierungen ist es eben auch, aufeinander vertrauen zu können und ein übergeordnetes vereinendes Projekt zu haben – andernfalls wäre eine Entscheidungsfähigkeit in Krisensituationen kaum zu gewährleisten.

So sehr ich persönlich auch von der Grundidee Jamaikas überzeugt bin – den Grünen nachhaltiges Haushalten beizubringen und gemeinsam mit ihnen die Unionsparteien gesellschaftlich zu bewegen – so richtig finde ich daher auch das Beenden der Gespräche durch die FDP. Von inhaltlichen Streitfragen wie dem Kooperationsverbot, Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder der Erklärung einer Digitalisierungsstrategie zur Chefsache einmal abgesehen: Kam bei euch irgendwann der Eindruck auf, dass die Gesprächspartner dieses Grundvertrauen zueinander aufbauen konnten? Dass Jamaika mit einer gemeinsamen Stimme gesprochen hätte?

Wir alle wünschen uns eine stabile Regierung für unser Land, die Stürmen trotzen kann und nicht beim ersten exogenen Schock bereits ins Wanken gerät. Wir Liberale wollen aber auch eine Regierung, die unser Land modernisieren will. Die Dogmen infrage stellt und progressive Impulse setzt. Das Letzte, was wir befürworten könnten, wäre ein klassisches „Weiter-so“ und ein Regieren, des Regierens Willen. Genau das lag jedoch zur Unterschrift bereit.

Wir JuLis werden die Entwicklungen in der Regierungsfrage konstruktiv und kritisch begleiten – außerhalb der liberalen Familie, aber auch in ihr. Denn eines muss uns klar sein: gekränkter Stolz, persönliche Attacken oder Radikalopposition bringen weder Deutschland noch unsere gemeinsame Idee voran. Wir werden uns an unserem Leitbild orientieren und damit in die kommenden vier Jahre gehen: mutig, optimistisch und weltoffen!

Valentin Abel ist
Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

TERMINE

05.01. | Landesparteitag der FDP-Baden Württemberg
in der Schwabenlandhalle in Fellbach

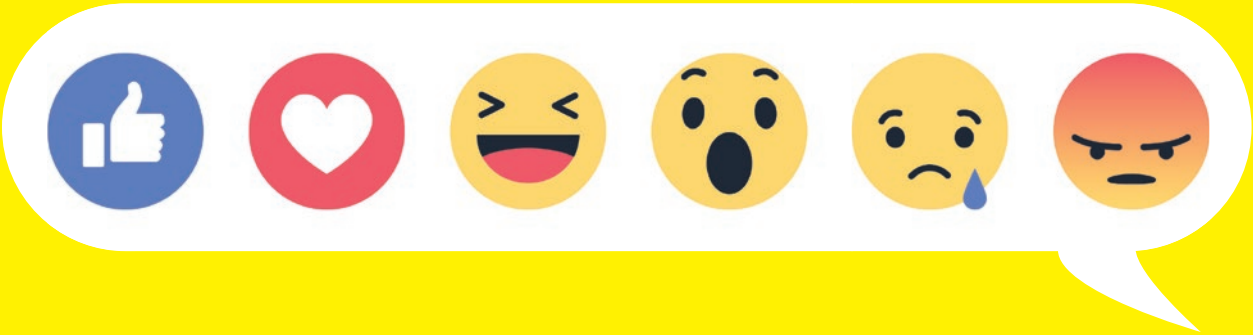
06.01. | Traditionelle Dreikönigskundgebung
in der Staatsoper in Stuttgart

04.01. – 07.01. | Praxisseminar des Bundesverbandes
in Stuttgart

27.01. – 28.01. | Jugendpolitisches Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung
in Gummersbach

02.03. – 03.03. | Landeskongress im Frühjahr
Einladung folgt im nächsten Heft!

DEIN FEEDBACK



Wie hat dir die Juliette gefallen?
Was ist deine Reaktion auf das Heft?
Feedback kannst du jederzeit gerne an olsson@julis-bw.de schicken oder auf der Facebookseite der Juliette hinterlassen!

junge liberale
Baden-Württemberg